

Acht Umweltzonen ab Oktober

Von Christoph Meinerz

Umweltminister Eckhard Uhlenberg: Mit 225 Quadratkilometern die größte Fläche in Europa

Düsseldorf. Zum 1. Oktober richtet das Land im Ruhrgebiet acht Umweltzonen ein, in denen zur Reduzierung von Feinstaub und Stickstoffdioxid in der Luft nur noch Fahrzeuge mit einer Schadstoff-Plakette fahren dürfen. Das beschloss das Kabinett am Dienstag. Die größeren Flächen liegen in Duisburg, Oberhausen, Bottrop, Essen-Gelsenkirchen, Bochum und Dortmund. In Recklinghausen gibt es zwei Mini-Zonen.

Bei fast jedem dritten Lkw sind die Abgaswerte nach Angaben des Umweltministeriums so schlecht, dass sie keine Chance auf Ausnahme von den Fahrverboten hätten. Bei Pkw seien es lediglich sechs Prozent. Firmen und Anwohner erhalten aber ein gutes Jahr Zeit, auf schadstoffärmere Fahrzeuge umzusteigen. Bis zum 1. Oktober 2009 dürfen sie mit ihren „Stinkern“ auch noch ohne Plakette fahren.

„Wir richten mit 225 Quadratkilometern die größte Umweltzone ein, die es in Europa gibt“, sagte Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU), „von daher muten wir den Menschen schon was zu.“ Der Regionalverband Ruhr (RVR) zeigte sich enttäuscht. Er hätte das ganze Ruhrgebiet lieber als einheitliche Umweltzone gesehen statt des nun beschlossenen „Flickenteppichs“. Uhlenberg betonte, die zu erwartende Verbesserung der Luft werde auch wieder neue Industrieansiedlungen ermöglichen, wie etwa einen weiteren Hochofen für Duisburg.

Chance zur Erneuerung

Von Jürgen Polzin

Die Umweltzonen

Nein, die Lichter im Ruhrgebiet werden nicht ausgehen, wenn ab Oktober Umweltzonen ausgewiesen werden. Und nein, mit Fahrverboten allein wird man das Problem des Staubs und der Abgase in den Städten nicht aus der Welt schaffen. ...

Weder werden wir die Welt retten, noch regulieren wir uns zu Tode. Man muss und wird diese Umweltzonen nicht mögen. Nur: Es muss nun endlich Schluss sein mit dem untauglichen Versuch, Umweltschutz und wirtschaftliches Wohlergehen gegeneinander auszuspielen. Beides bedingt einander. Ohne das eine ist das andere nicht möglich.

Vieles ist in diesem erbitterten Streit um eine Umweltzone verschütt gegangen. Etwa, dass es bei diesem Feinstaub-Thema um die Gesundheit der Menschen geht. Dieser Staub macht krank. Punkt. Man mag und man muss darüber streiten, welche Mittel wirksam, welche Verbote gerecht sind. Und natürlich ist die Empörung der Bürger nachzuvollziehen, die nun früher als geplant ihr betagtes Fahrzeug ersetzen müssen. Nur: Darf es sein, dass die Interessen Einzelner über dem Gemeinwohl stehen?

In diesem Streit um die Umweltzonen liegt eine große Chance für das Ruhrgebiet. Es ist die Chance zur Erneuerung. Warum regen sich alle über Fahrverbote auf, doch niemand über den Niedergang des Nahverkehrs? Warum nicht kreativ sein, weiter denken als bis zum nächsten Umweltzonen-Schild, wenn es darum geht, die Verkehrsströme der Millionen Menschen zu lenken? Als Region im Wandel versteht sich das Ruhrgebiet. Und es gibt sie, diese Erneuerung. Noch wird hier in alten Meilern aus Braunkohle Strom

erzeugt. Doch die Kraftwerke der Zukunft, sauberer und effektiver, werden hier an Rhein und Ruhr erdacht.

Schluss also mit dem Jammern über den geschrumpften Flickenteppich der Umweltzonen. Natürlich ist es ein halbgarer Kompromiss, ein Vertagen von Problemen. Aber vielleicht machen diese ungeliebten Zonen es leichter, den so wichtigen Umbau der Innenstädte und die Verbesserung des Nahverkehrs endlich anzugehen. Was ist eigentlich, wenn nicht die Autos, sondern die Menschen alt sind? Was ist, wenn künftig immer mehr Senioren in die Städte ziehen, weil dort die Wege kurz sind? Was ist, wenn mehr Menschen mit knapper Rente auf bezahlbare Wohnungen entlang großer Straßen angewiesen sind? Dann wird sich hoffentlich nicht rächen, dass ein Ballungsraum sich nicht durchringen konnte, seine Verkehrsprobleme zu lösen.

Flickenteppich auf Bewährung

Von Tom Jost

Die Landesregierung hat ihre Version für eine Umweltzone gegen Feinstaub und Stickoxide verabschiedet. Bochums Sperrgebiet, das ab Oktober wirksam sein soll, wurde dabei kräftig gerupft

Für Umweltminister Uhlenberg ist es ein "Durchbruch", für SPD-Fraktionssprecher Dr. Peter Reinirkens revierweit ein "Flickenteppich" und für Baudezernent Dr. Ernst Kratzsch "keine glückliche Lösung": Die Umweltzone zur Reduzierung von Feinstaub und Stickstoff-Belastung ist für Bochum um mehr als ein Drittel gestutzt worden. Hordel sowie Teile von Wattenscheid und Hofstede gehören im Nordwesten nicht mehr zum Schutzgebiet, im Nordosten sind Grumme, Bergen, Hiltrop, Gerthe und Kirchharpen ausgegliedert.

"Die Umweltzone, die nur mit Plaketten befahren werden darf, ist immer noch relativ groß", räumt der Baudezernent ein. Aber das Vorgehen führe jetzt zu Ungerechtigkeiten: Essener und Castroper Straße etwa würden jetzt wohl wegen der Belastung mit Lkw-Durchfahrtsverboten belegt werden. Weil dieses nur nach Gewicht regelbar sei, würden von einer Sperre auch schwere, aber rußgefilterte Lkw getroffen.

Der gestern verabschiedete "Entwurf für einen Luftreinhalte-Plan Ruhrgebiet" sieht neben Verkehrsbeschränkungen und Industrie-Auflagen auch ein zeitlich gestaffeltes Vorgehen vor. Nach zwei Jahren will man feststellen, ob die "Belastung deutlich zurückgeht" - dann könnten die Umweltzonen ganz oder teilweise entfallen. Jetzt ist allerdings schon absehbar, dass 2009 wegen diverser Ausnahmen und Übergangsregeln ein solcher Rückgang kaum messbar sein dürfte ... vor allem, wenn's an Messgeräten mangelt.

SPD-Umweltexperte Reinirkens kritisiert: "Da wurden wieder Interessen abgewogen, aber nicht zu Gunsten der Menschen und des Gesundheitsschutzes." CDU-Fraktionschef Lothar Gräfinholt findet zunächst wichtig, "dass es überhaupt zu einer Lösung kommt". Es sei ja auch um Rechtsfragen gegangen, etwa die, dass man keine Umweltzone ausweisen könne, wo es die Messwerte nicht hergaben.

Das letzte Wort ist allerdings noch nicht gesprochen: Die Stadt muss zum Luftreinhalte-Plan Stellung beziehen. Was, wenn sie ablehnt? "Dann könnte die Bezirksregierung das so genannte gemeindliche Einvernehmen ersetzen", sagt Baudezernent Kratzsch: "Aber das ist bisher kaum jemals vorgekommen."

WAZ, 2. April 2008